



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Einführung einer Sicherungsanordnung für Verkehrsdaten in der Strafprozessordnung

Stand vom 14.07.2025 13:24:23 bis 24.07.2025 11:36:30

Angegeben von:

Deutscher Richterbund, Bund der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte e. V. (DRB) (R001793) am 05.12.2024

Beschreibung:

Einführung einer allgemeinen und anlasslosen Speicherung von IP-Adressen zum Zweck der Strafverfolgung. Mit Blick auf nicht hinnehmbare Verfolgungslücken sollten das für die Praxis unverzichtbare Ermittlungsinstrument der Verkehrsdatenspeicherung aufgegriffen und die zweifelsfrei bestehenden europarechtlichen Spielräume für eine allgemeine und anlasslose Speicherung von IP-Adressen genutzt werden. Das Quick-Freeze-Verfahren stellt keine sinnvolle Alternative zur europarechtlich zulässigen allgemeinen und anlasslosen Speicherung von IP-Adressen dar.

Zu Regelungsentwurf

1. Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/14022 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer Sicherungsanordnung für Verkehrsdaten in der Strafprozessordnung

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Gesetz zur Einführung einer Sicherungsanordnung für Verkehrsdaten in der Strafprozessordnung (20. WP) (Vorgang)

Betroffene Interessenbereiche (2)

Kriminalitätsbekämpfung [alle RV hierzu]

Strafrecht [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffene Bundesgesetze (2)

[StPO](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

[TKG 2021](#) [\[alle RV hierzu\]](#)